

Bewerbung um Platz 3 Dr. Josephine Assmus

Liebe Bremer und Bremerhavener Grüne,

fast drei Jahre Ampel-Koalition liegen hinter uns! Das waren in dieser Regierungskonstellation keine einfachen Jahre für uns und beim Denken an diese letzten Jahre schwingt bei vielen von uns ein Grundrauschen von Konflikthaftigkeit mit. Dabei hat sich auch wirklich viel getan!

Als Lüneburgerin unweit des Wendlands aufgewachsen, erinnere ich den fast kompletten Sicherheits-Lockdown meiner Heimatstadt vor Castor-Transporten in den 1990er Jahren. Einige meiner ersten Demo-Erfahrungen waren damals gegen Atom-Energie. Was für ein riesiger Schritt, dass 2023 wirklich das letzte Atomkraftwerk vom Netz gegangen ist! Auch die Streichung des §219a, das in Kraft treten des Selbstbestimmungsgesetzes und die Einführung des 49€ Tickets sind Erfolge, die es ohne Grüne Regierungsbeteiligung so nicht gegeben hätte!

Aber es ist natürlich auch nicht alles gut und Diskursverschiebungen nach rechts machen es nicht einfacher! Besonders in den Wochen, die hinter uns liegen, dominierte eine Debatte über Sicherheit, die auf bizarre Weise in Verbindung mit Asylrecht und Migrationspolitik geführt wurde. Dabei gibt es andere Diskussionen über ein sicheres und selbstbestimmtes Leben in Deutschland und Europa, die wir dringend führen müssen. Als Co-Sprecherin der LAG-Frauenpolitik und Delegierte in die BAGen Europa und Frieden stehen hier für mich die Bereiche Gleichstellungs- und Europapolitik im Zentrum – verbunden mit einem beruflichen Blick auf Arbeit und Beschäftigung.

Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben

„Die Gleichstellung von Frauen und Männern muss in diesem Jahrzehnt erreicht werden“ – so beginnt das Gleichstellungskapitel des Ampel-Koalitionsvertrags. Ein Ziel, von dem wir noch schmerzhaft weit entfernt sind.

Die Anzahl der erfassten Opfer von Partnerschaftsgewalt erreichte 2023 einen neuen Höchststand – alle vier Minuten erlebte eine Frau Gewalt, jeden zweiten Tag wurde eine Frau von ihrem (Ex-)Partner getötet. Um eine grundlegende Sicherheit für Frauen gewährleisten zu können, brauchen wir dringend ein umfangreiches und ausfinanziertes Gewalthilfegesetz, das Opfer schützt und unterstützt sowie Präventionsarbeit ermöglicht. Das beinhaltet niedrigschwellige Beratungsmöglichkeiten, einen Ausbau von Frauenhausplätzen und umfangreiche Bildungsprogramme besonders für jüngere Männer.



Alter: 34

Grünes:

Beisitzerin im Landesvorstand, Co-Sprecherin LAG-Frauenpolitik, KV MÖV, BAGen: Frieden und Internationales + Europa, LAG Europa, Frieden und Internationales

Job:

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Arbeit und Wirtschaft, Uni Bremen

Davor:

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) (2019-2023); Projektkoordinatorin bei der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg (2018-2019)

Ausbildung:

Promotion Dr. rer. pol zu europäischer Arbeitsmobilität, prekärer Beschäftigung und der grenzübergreifenden Durchsetzung von Arbeits- & Sozialrechten

Studium in European Studies & Osteuropäische Regionalstudien in Magdeburg, Glasgow und Kraków (2011-2017)

Bewerbung um Platz 3 - Dr. Josephine Assmus

Auch nicht selbstbestimmt über den eigenen Körper entscheiden zu können, ist eine Form der Stigmatisierung und Unsicherheit mit der alle Menschen, die schwanger werden können, in Deutschland leben. Zurzeit stehen Schwangerschaftsabbrüche weiterhin unter §218 im Strafgesetzbuch. Diese Regelung trägt aktiv zu einer Stigmatisierung von Abbrüchen, der zunehmend schwieriger werdenden Versorgungslage, sowie finanzieller Unsicherheit Betroffener bei. Eine Abschaffung scheitert an der Koalitionspartei, die das Wort „Freiheit“ öfter bemüht als alle anderen, dabei aber nur die Freiheit einer sehr kleinen männlichen Zielgruppe meint.

Es gibt außerdem kein selbstbestimmtes Leben ohne finanzielle Sicherheit. Der Gender Pay Gap stagniert in Deutschland seit Jahren bei ca. 20%. Der Ruf nach mehr Frauen in der Wirtschaft ist groß – dann würden sich Arbeits- und Fachkräftemangel quasi von selbst lösen. Gleichzeitig finden Diskussionen über dramatisch ungleich verteilte Sorgearbeit, fehlende Betreuungsplätze für Kinder und ein Ehegattensplitting, das Erwerbsarbeit für viele Frauen unattraktiv macht, zu wenig statt. Sogar ein verhältnismäßig kleineres Projekt für Vereinbarkeit wie die Familienstartzeit, die schon 2022 hätte eingeführt werden müssen, wird von der FDP blockiert. Altersarmut ist in Deutschland oft weiblich und das ist am Ende keine Folge eines individuellen Scheiterns, sondern gesellschaftlicher Strukturen.

Kurzum: Die Liste ist noch lang und es bleibt viel zu tun, bis wir wirklich von einer gleichberechtigten Gesellschaft sprechen können. Lasst uns nächstes Jahr für eine Gleichstellungspolitik kämpfen, die Menschen schützt, Vereinbarkeit ermöglicht und eine feministische Arbeits- und Steuerpolitik mitdenkt!

Solidarisch in Europa

Die Europawahl liegt hinter uns. Doch auch das Ergebnis der Bundestagswahl wird einen unmittelbaren Einfluss auf die Politik der EU haben, durch den direkten Einfluss von Bundespolitiker*innen in Brüssel, aber auch als Signal wie solidarisch wir als bevölkerungsreichster Mitgliedstaat über unseren nationalen Tellerrand hinausblicken.

Als Russland 2014 die Ukraine annektierte, studierte ich gerade in Polen. Die Spannungen um diese völkerrechtswidrige Annexion fühlten sich dort dringender an, als mir dies in den deutschen Medien widerspiegelt wurde. Barack Obama hielt damals im Sommer eine Rede in Warschau und sagte „there is no change without risk, no progress without sacrifice and no freedom without solidarity“. Er bekräftigte die Verpflichtung der NATO, Polens Territorium zu verteidigen, kündigte eine verstärkte Präsenz des US-Militärs in Polen an und sprach sich für Solidarität mit den Menschen aus, die schon damals in der Ukraine für ihre Demokratie kämpften.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit den Menschen in der Ukraine stehen und Europa verteidigen müssen – besonders in Zeiten, in denen es als Wahlprogramm gilt, möglichst laut „Frieden“ zu schreien! Denn die Unabhängigkeit der Ukraine ist keine Verhandlungsmasse und ein Diktatfrieden nach Vladimir Putins Vorstellungen würde unvorstellbares Leid und Terror über die ukrainische Bevölkerung bringen. Hier braucht es in Zukunft ein noch entschiedeneres Vorgehen der deutschen Bundesregierung und mehr europäische Kooperation bei der Unterstützung der Ukraine.

Und auch über die Verteidigung der Ukraine hinaus, brauchen wir eine deutsche Bundesregierung, die als europäischer und solidarischer Partner in Brüssel auftritt. Denn am Ende lassen sich Fragen von Maßnahmen gegen die Klimakrise, Energiesicherheit und gemeinsamer Asylpolitik nur auf europäischer Ebene lösen.

Ich würde mich freuen, mit euch im Bundestagswahlkampf für mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität zu kämpfen und bewerbe mich deshalb auf Platz 3 unserer Bundestagsliste.

Meldet Euch gerne bei mir, falls Ihr vor der LMV Fragen habt!

Liebe Grüße

Josephine

Kontakt: josephine.assmus@gruene-bremen.de

